Moumen al-Natour, palästinensischer Anwalt und Mitbegründer der Protestbewegung «We want to live», berichtet aus seinem Versteck in Gaza-Stadt von einer humanitären Katastrophe – und erhebt schwere Vorwürfe gegen die Hamas.

Interview: Rico Bandle, Lucien Scherrer unter Mitarbeit von Kacem El Ghazzali

Schlüsselaussagen

Systematischer Diebstahl von Hilfsgütern: Laut al-Natour plündert die Hamas mit verbündeten Banden die Hilfslieferungen. Fast alle Lebensmittel auf den Märkten stammen vom Schwarzmarkt – das tägliche Überleben koste bis zu 150 Dollar.

Repression gegen Kritiker: Die Hamas sei trotz massiver militärischer Verluste weiter präsent und gehe brutal gegen Dissidenten vor – durch Folter, Entführungen und Ermordungen.

Auch Israel trägt Verantwortung: Insbesondere gelte dies für das Fehlen humanitärer Sicherheitszonen, in denen die Zivilbevölkerung Zugang zu Nahrung und medizinischer Versorgung hätte. Diese müssten durch eine unabhängige Drittpartei gesichert werden.

Europa verkennt die Lage: Al-Natour kritisiert die westliche Palästina-Solidarität scharf. Demonstrationen in Europa stärkten nicht das palästinensische Volk, sondern die Hamas. Forderungen nach einer entmilitarisierten humanitären Zone fehlten völlig.

Ablehnung islamistischer Indoktrination: In der Schule sei ihm beigebracht worden, dass das Töten von Juden ein Weg in den Himmel sei. Heute widerspreche er diesem Hassbild entschieden – Frieden mit Israel sei möglich, wenn Extremismus und Gewalt endeten.

Hoffnung auf Veränderung: Al-Natour glaubt, dass heute eine Mehrheit der Bevölkerung in Gaza die Hamas ablehnt und sich nach einem normalen Leben sehnt. Doch ohne das Ende der Hamas-Herrschaft oder internationale Schutzräume drohe jahrzehntelanges Blutvergiessen.

Das Interview entstand unter erschwerten Bedingungen via WhatsApp und mit Übersetzungsunterstützung – ein seltenes Zeitzeugnis aus dem Innern eines hermetisch abgeriegelten Kriegsgebiets. Al-Natour riskiert mit seiner Opposition gegen die Hamas sein Leben.

Vollständiges Interview NZZ (Bezahlschranke)